



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 31. März 1886.

Nr. 152.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provincziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfg. Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

77. Plenarsitzung vom 30. März.

Das Haus ist ziemlich gut besetzt, die Tribünen sind gefüllt.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär im Reichsamt des Innern von Bütticher und preussischer Minister des Innern v. Puttkamer nebst Kommissarien, später preussischer Minister für Landwirtschaft Dr. Lucius.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Zweite Beratung der Vorlage betr. die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf Grund des bezüglichen Kommissionsberichts.

Es liegt außer der Regierungsvorlage der Antrag der Kommission vor, sowohl die Vorlage als auch die Abänderungsanträge, welche zur zweiten Lesung wieder eingebracht worden, abzulehnen; diese Abänderungsanträge des Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) bezwecken eine Abmilderung des Sozialistengesetzes auf dem Gebiete des Vereins-, des Versammlungsrechtes, auf dem der Presse, sowie der Beschränkung des Belagerungszustandes auf Berlin, während ein Eventual-Antrag des Abg. Dr. Frhen. v. Hertling (Zentr.) die Verlängerung des Gesetzes auf 2 Jahre bemessen will.

Nachdem Referent Abg. Frißen (Zentr.) die bekannten Kommissionsverhandlungen nochmals kurz skizziert, und den Antrag auf Ablehnung der Vorlage, sowie die Anträge Windthorst befürwortet, spricht

Minister v. Puttkamer zunächst im Namen der verbündeten Regierungen sein Bedauern darüber aus, daß der Abg. Windthorst seine ausföhrlichen Abänderungs-Anträge von Neuem eingebracht habe; bei einem Gesetze von so bedeutender politischer Tragweite sei ein Vaktiren nicht möglich. Da gäbe es nur ein „Entweder — Oder!“ Das Gesetz, welchem durch die Windthorst'schen Anträge die Spitzen abgebrochen sein würden, könnte allerdings der Sozialdemokratie genehm sein, es würde indessen nicht genügen, die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in ausreichender Weise zu garantiren. Die verbündeten Regierungen hätten in der That keinerlei Gult, ihre diskretionären Gewalten ohne Noth zu vermehren, allein die Nation habe den Regierungen die Verantwortung für die Erhaltung der bürgerlichen Ordnung übertragen und die Volkvertretung habe die Pflicht, die Mittel hierzu zu gewähren. Es sei nun aber unmöglich, die Vorlage der verbündeten Regierungen eingehend zu würdigen, ohne einen Blick auf die jüngsten überaus traurigen Vorgänge in dem schwer geprüften westlichen Nachbarlande zu werfen. (Bewegung und Widerspruch links; Zustimmung rechts.) Zweifellos seien die Erzeße in Belgien nur möglich geworden, weil man dort nicht in der Lage gewesen, den Mißbrauch, der mit den freihetlichen Einrichtungen, dem bestehenden Vereins- und Versammlungsrechte, der unbeschränkten Pressfreiheit getrieben worden, Einhalt zu thun. Der Minister weist des Weiteren auf die Thatfache hin, daß bei allen in Belgien verhafteten Anarchisten eine Broschüre gefunden worden, in welcher die Arbeiter systematisch zur Revolution aufgehetzt werden. Die Beschränkungen, welche das deutsche Sozialisten-Gesetz mit sich bringe, könnten in der That doch gegen die rauchenden Trümmer in unserem Nachbarlande gar nicht in Betracht kommen. In Belgien, wo die katholische Kirche seit 50 Jahren ihre Thätigkeit habe ungehindert ausüben können, habe es sich gezeigt, daß man derartige Präventivmaßregeln, wie sie das Sozialistengesetz bezwecke, nicht entbehren könne. Der Minister erklärt schließlich, daß Se. Majestät der Kaiser ihn beauftragt habe, vor dem Hause zu erklären, daß dem Monarchen die Ablehnung der Vorlage den tiefsten Schmerz bereiten würde; der Reichstag möge daher die Regierungsvorlage einfach annehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) monirt die Hineinziehung der geachteten Person des Kaisers in die Debatte und führt sodann aus, daß die von ihm eingebrachten Abänderungsanträge auf einem gemeinsamen Fraktionsbeschlusse beruhten. Ihner Charakteristik die Anträge als durchaus genügende Präventivmaßregeln, um schließlich die Debatte wieder in das kulturkämpferische Fahrwasser hinüber zu spielen und das Regiment in Belgien als ein liberales, freimaurerisches zu kennzeichnen. In Belgien sei lediglich die Anarchie an der Arbeit und solche Vorgänge würde das Sozialistengesetz auch nicht zu hindern vermögen. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Puttkamer bezeichnet die Anträge des Vorredners als nicht ausreichend und betont sodann im Gegensatz zu dem Vorredner, daß gerade die Reichsregierung an der Spitze der sozialreformatorischen Bewegung marschiere. An der Hand einer früheren Rede des Abg. Bebel (Sozialdem.), in welcher dieser die Kommune verherrlichte und den Fürstenmord gut hieß, fordert der Minister von den Sozialdemokraten, daß sie bezüglich ihrer Stellung zum Anarchismus offen Farbe bekennen sollten und kennzeichnen sodann das Treiben der sozialistischen Agitatoren, welche sich von dem Fleische des Arbeiters mästeten.

Abg. v. Hellborn-Bedra (deutschkons.) bezeichnet zunächst Angesichts der kulturkämpferischen Auslassungen des Abg. Windthorst in dem gegenwärtigen Stadium des Friedenswerkes die Friedensliebe des Zentrumsführers als eine höchst fragwürdige. Redner weist sodann auf die anarchisfischen Unruhen in Belgien hin und erklärt, daß die Anträge des Abg. Windthorst völlig ungenügend seien, um derartige gefährliche Bestrebungen hintanzuhalten. Wenn man sich selber mit die Gesellschaftsordnungen bedrohenden Tendenzen außerhalb des gemeinen Rechtes stelle, so habe man kein Anrecht auf Behandlung im Rahmen des gemeinen Rechtes. Wenn die Gesellschaft, die Religion, die Monarchie in Frage gestellt werde, so könnten nur energische Präventivmaßregeln von Nutzen sein und wenn hier auch einmal ein Mißgriff mit unterlaufe, so könne das doch Angesichts der immensen Gefahren, welche ohne das Gesetz zu gewärtigen wären, gar nicht in Betracht kommen; alle Arbeiter aber, die sich von der Sozialdemokratie fern hielten, würden schließlich durch das Gesetz nicht getroffen. Der Abg. Bierck (Sozialdem.) habe kürzlich geäußert, seine Partei treibe wissenschaftliche Weltordnung; es sei aber doch verwunderlich, daß man sich mit solchen nationalökonomischen Doktrinen an die ungeschulten Massen des Volkes wende. Die Partei schüre mit ihrer Lehre lediglich den Klassenhaß; das sei es, was sie brauche. Redner apostrophirt sodann die deutschfreisinnige Partei, erklärt, daß dieselbe in der Agitation mit den Sozialdemokraten doch nicht konkurriren könne und bekämpft das Streben nach Ausbreitung der parlamentarischen Gewalt. Er schließt, nachdem er für die fünfjährige Verlängerung des Gesetzes plädiert, mit der Erklärung, die Liberalen stimmten ohne Zweifel nur gegen das Gesetz,

weil sie überzeugt seien, daß sich ohnedies eine Majorität für dasselbe finden werde. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Legielotti (Pole) spricht sich unter Betonung seines polnischen Standpunktes gegen die Vorlage aus.

Abg. Bebel: Als ich neulich hier einen Vortrag über Wirtschaftskrisen hielt und dabei erwähnte, daß jetzt die Frauen gezwungen wären, in die Fabrik zu gehen, und die Männer die Wirtschaft besorgen müßten, wurde die Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst. (Hört, hört! links.) Auf die Beschwerde des Vorsitzenden hat der Polizeipräsident erklärt, mein Vortrag — der doch ganz theoretisch gehalten war — sei in seiner ganzen Haltung gemeingefährlich gewesen. Solche Auflösungen sind in Berlin lange nicht vorgekommen, es ist eben Alles dem subjektiven Belieben des Polizeibeamten überlassen. Denken Sie sich aber doch die Erbitterung, die diese Auflösung am 19. März bei den vielen Tausenden, die zugegen waren, hervorgerufen mußte — in dieser Hinsicht kann ich mit dem Resultat der Versammlung ganz zufrieden sein. Herr v. Puttkamer wirft uns vor, daß wir uns aus den Agitationskassen mästeten. Was würde er sagen, wenn ich ihm und seinen Freunden vorwerfe, sich aus den Staatskassen zu mästen? Mag er seine Behauptung doch erst einmal beweisen! Herr v. Puttkamer hat auf Belgien hingewiesen und für den Bourgeois mag dieser Hinweis ja auch sehr wirksam sein. Einen Zusammenhang zwischen uns und den belgischen Aufständischen hat auch der Minister nicht konstruiren können. Man darf nicht vergessen, daß in Belgien der Arbeiter von den öffentlichen Geschäften ganz ausgeschlossen ist, daß nirgends so wie in Belgien das Bourgeoisium herrscht, ob liberal oder liberal, ist für die Arbeiter ganz gleichgültig. In keinem Lande wird die Sonntags-, die Frauen- und Kinderarbeit so ausgenutzt, wie in Belgien. Auf diesen Verhältnissen beruht jene Revolte, denn es ist keine Revolution, sondern eine gewöhnliche Revolte (Heiterkeit), zum Theil hervorgerufen durch die Unbildung der Bevölkerung, an der das katholische Regiment schuld ist. (Beifall links.) Ich habe sogar die belgische Bourgeoisie stark im Verdacht, daß sie selbst von Zeit zu Zeit derartige Revolten anregt (Widerspruch), daß der Staat dasselbe thut und die Revolten ausnützt. (Zwischenrufe rechts. Vizepräsident Frhr. v. Frandenstein ruft den Redner zur Ordnung.) Würde in Belgien eine ähnliche Sozialdemokratie existiren wie in Deutschland, so wäre diese Revolte nicht entstanden. (Widerspruch rechts.) Im Uebrigen aber — was haben die belgischen Vorgänge mit uns zu thun? Ich weiß wohl, daß hochstehende Leute sich freuen würden, wenn es bei uns zu Ereignissen à la Charleroi kommen würde — aber diesen Gefallen werden wir ihnen nicht thun. Habe ich übrigens jemals den Fürstenmord verherrlicht, wie Herr v. Puttkamer behauptet hat? Ich habe nach der Ermordung des Zaren nur behauptet, daß das russische Regierungssystem zum Fürstenmord führen muß. Würde in Deutschland dasselbe System herrschen, so würde auch hier dieselbe Konsequenz sich ergeben und ich würde der Erste sein, der die Hand dazu hehrt. (Unruhe rechts.) Deutschland muß sich hüten vor Zuständen wie in Belgien und Rußland. Den Frieden stärken Sie aber nicht durch die stete Verlängerung des Sozialistengesetzes. Wollen Sie das Gesetz so lange bestehen lassen, als die Sozialdemokratie die Republik will? Dann dürfen Sie das Gesetz niemals aufheben. Die Sozialdemokratie ist ein Produkt unserer Zeit, ein notwendiges Produkt; unsere Produktionsweise hat ein großes Proletariat geschaffen. Die Konservativn stehen der Sozialdemokratie insoweit näher, als auch sie unter der modernen Produktion leiden. — Die Regierung geht mit der Sozialreform vor, aber so langsam und unsicher, daß sie auf das Sozialistengesetz nicht verzichten zu können. Verlängern Sie es auf 2 Jahre, auf 5 Jahre, oder besser noch auf so lange, als das gegenwärtige System in Deutschland herrscht! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Puttkamer: Der Vorredner hat eigentlich seine ganze Kraft dafür eingesetzt, für die Verlängerung des Gesetzes zu sprechen.

Ich will nur auf einzelne Aeußerungen des Abg. Bebel eingehen. Ich erinnere mich noch deutlich der Szene, da Abg. Bebel erklärte, er stimme durchaus den Lobsprüchen des „Sozialdemokrat“ über die Ermordung Kaiser Alexanders zu. Außerdem hat Herr Bebel ja heute erst wieder erklärt, zur gewaltamen Bekämpfung der Monarchie bereit zu sein — und dann verlangt derselbe Redner, unter das gemeine Recht gestellt zu werden? Nein, mit solchen Absichten untersteht man der Strenge des Sozialistengesetzes! (Beifall rechts.) Die Auflösung jener Versammlung am 19. März nehme ich als mein Verdienst in Anspruch. Herr Bebel hat seit acht Jahren nicht in Berlin sprechen dürfen. (Abg. Bebel ruft: Sprechen wollen!) Nein, sprechen dürfen. Ich habe mit dem Polizeipräsidenten darüber konferirt, ob man dem Abg. Bebel in jener Versammlung zu sprechen erlauben solle. Wir haben die Probe gemacht, es hat sich aber gezeigt, daß schon das bloße Erscheinen des Herrn Bebel auf der Tribüne so fanatisirend wirkt, daß die Versammlung aufgelöst werden mußte, wenn die Auflösung vielleicht auch nicht an der rechten Stelle erfolgt ist. Ich kann Herrn Bebel versichern, daß er, so lange ich darüber zu bestimmen habe, niemals in Berlin, außer im Reichstage, öffentlich sprechen wird. (Beifall rechts.) Angesichts jener furchtbaren Ereignisse in Belgien behaupten zu wollen, daß die Bourgeoisie sie veranlaßt hat, zeigt doch wirklich von politischer Unzurechnungsfähigkeit. Ich glaube, die Rede des Abg. Bebel wird die Zahl der Gegner des Gesetzes nicht vermehrt haben. (Beifall rechts.)

Abg. Stöcker (kons.): Abg. Bebel hat sich heute als theoretischer Anarchist gezeigt, der die Pariser Kommune verherrlicht, den russischen Fürstenmord gepriesen hat. Für diesen theoretischen Anarchismus fehlt es nur an der rechten Stunde zur Parole. Die Sozialdemokraten nennen sich mit Unrecht die Repräsentanten der Arbeiter, sie repräsentiren gar nichts. (Heiterkeit rechts.) Sind Sie denn Vertreter der Arbeiter? Lassalle sagt einmal: „Zweierlei habe ich, Journalisten und Juden. Leider bin ich Beides.“ (Große Heiterkeit.) Sie haben in Ihren Reihen auch Beides; ob Sie sagen leider, weiß ich nicht. Zu Ihnen gehört ein Arbeitgeber, der die Mäntelnäherinnen, um in Ihrem Zargon zu sprechen, ausbeutet und doch als sozialdemokratischer Paladın gilt. (Beifall rechts.) Mit solchen Anschauungen ist man keine historische Erscheinung, sondern eine komische Figur. (Gelächter links. Abg. Bebel ruft: „Sie sind ein Narr!“ Der Präsident ruft den Abg. Bebel zur Ordnung.) Sie sind jetzt 25 Mitglieder, aber die heutige Rede des Abg. Bebel wird Ihnen die Hälfte Ihrer Sitze rauben. (Auf bei den Sozialdemokraten: „Wir werden uns verdoppeln!“) Ich stehe in der anti-jüdischen Bewegung, weil ich, gleich den Sozialdemokraten, gegen den Kapitalismus bin. In dem Jubenthum befinden sich auf der einen Seite Millionäre und Milliardäre und auf der anderen Leute, die den Sozialismus schüren — das ist ein Mißverhältniß des öffentlichen Lebens, das jeder ernsthafte Politiker bedauern muß wie ich. (Gelächter links.) Die Sozialdemokratie thut so, als ob sie eine berechtigte Partei ist — wo solche Tendenzen laut werden, wo die Gewalt betont wird, muß auch dagegen mit Gewalt gekämpft werden. — Ich wende mich nun zum Abg. Dr. Windthorst. Er sollte doch wissen, nicht starke Regierungen, sondern schwache Regierungen sind die Mütter der Revolutionen. Davor behüte uns Gott! (Auf des Sozialdemokraten Bolmar: „In Ewigkeit, Amen!“ Heiterkeit links.)

Präsident: Ich rufe den Abg. v. Bollmar für jenen Ausruf zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Stöcker fortfahrend, wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Windthorst über Belgien. Die katholische Kirche hat in Belgien Fiasco gemacht (Widerspruch im Centrum), die katholische Kirche darf auch nicht vergessen, daß sie nur etwas erreichen kann im Bunde mit der anderen Macht, mit dem Staate. (Beifall rechts.) Man darf nicht den Belagerungszustand auf dem allein beschränken, denn wenn Sie Frankfurt, Hamburg u. s. w. der Sozialdemokratie aussetzen, ist auch bald Berlin in den Händen der Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall rechts.)

Die Beratung wird hierauf vertagt.

Persönlich bemerkt

Abg. Singer: daß die Wahrheitstheorie des Abg. Stöcker sich heute ebenso bewährt hat, wie sie vor Gericht attestiert worden ist. Die Behauptung des Abg. Stöcker ist eine verleumdende. (Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. Lebhafteste Unruhe links.) Ich habe mit Mäntel- näherinnen gar nichts zu thun, kann ihnen also nicht zu wenig Lohn geben. Ein alter Philosoph behauptet, die Meinung eines Mannes über mich ist so viel werth, als der Mann selbst. Das gilt von Herrn Stöcker. (Beifall links.)

Abg. Stöcker: Abg. Singer leugnet einen Zusammenhang mit den Mäntel- näherinnen, steht aber im Parlaments-Almanach als Mitbesitzer einer Damenmäntelfabrik. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Singer: Ich habe nur behauptet, mit den Mäntel- näherinnen nicht in Beziehung zu stehen, wenn ich auch der betreffenden Firma angehöre.

Abg. Stöcker: Diese Erklärung war derart, daß sie ein Deutscher nicht abgegeben hätte. (Lebhafteste Unruhe links.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Tagesordnung: Sozialistengesetz.

Schluß 5 Uhr.

Preussischer Landtag

Abgeordnetenhaus.

52. Plenarsitzung vom 30. März.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung der Seilbahn-Vorlage.

Nach einer unerheblichen Debatte wird der Rest der Vorlage durchweg nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurden nach längerer Diskussion, an die in erster Linie Abgeordnete aus dem in Betracht kommenden Landestheile theilnahmen, die Geseftentwürfe betreffend die Einführung der Städteordnung für die 6 östlichen Provinzen der preussischen Monarchie vom 30. Mai 1853 im Regierungs-Bezirk Westfalen und betreffend die Verleihung der Dienstpflichten des Gesindes an eine Kommission verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Beratung des Antrages Bachem (Zentrum) betreffend die Herabsetzung des Zensus.

Die Arbeiter-Unruhen in Belgien.

Im Bassin Charleroi: Als General van der Smitten am Sonnabend früh in Charleroi eintraf, erklärte er dem Kommunalrath, daß in 24 Stunden Alles beseitigt sein werde. Das ist nicht eingetroffen; die Bewegung hat sich vielmehr mächtig ausgebreitet, der Streik erstreckt sich heute bis nach der unteren Sambre, ja bis nach den Glashütten von Namur hin. Charleroi selbst ist in vollstem Belagerungszustande, jeder Fremde, der sich nicht ausweisen kann, wird festgenommen; zwanzig Verleüthter ausländischer Blätter sind eingetroffen. Die Belämpfung der Bewegung ist schwierig. Der Streik ist überall und nirgends. Kleine und große Bänder durchziehen das weite Bassin; überall fordern sie eine bestimmte Summe, anderenfalls wird mit Brand und Plünderung gedroht. Die Meisten zahlen willig; jeder wird von den Bändern abgesehlt; der Glashütten-Besitzer Moudron mußte 3000 Frs. geben (geholfen hat es ihm nichts, denn andere Bänder haben seine Werke zerstört); der Generalagent der nördlichen Kohlenwerke Juniaur 1000 Frs. u. s. w. Die Arbeiter sind mit Haden, Widen, auch Revolvern bewaffnet; so schnell sie auftauchen, so schnell verschwinden sie wieder. Dazu durchziehen bettelnde Haufen das Bassin; überall wird geplündert und zerstört. Einige Kommunen haben freiwillige Schutzbataillone gebildet. Der General van der Smitten läßt durch Kavallerie weit und breit die Gegend säubern; Kolonnen durchziehen das Bassin und suchen die Etablissements zu schützen, aber die Truppenzahl ist nicht genügend. Heute Nacht wurden große konzentrische Märsche angeführt, daher blutige Zusammenstöße bei Pour, Couillet u. s. w. Die Zahl der Todten und Verwundeten ist sehr groß, da aber letztere sich möglichst verbergen, nicht festzustellen. Den Truppenführern steht stets Kavallerie voran. Trotzdem volle Anarchie; die Plünderungen der Wohnhäuser der Direktoren und Werksbesitzer dauern fort, namentlich im Bezirk von Marcinelle. Die Hochöfen von Marcinelle sind zugestopft worden, ein kolossaler Verlust. Der Schaden im Kloster von Solleilmont beträgt über 1/2 Million Francs, zwei verschiedene Bänder haben es zerstört.

Im Bassin Mons, Borinage und Centre: Außerlich herrscht Ruhe, aber die Gährung ist aller Orten groß; der Ausbruch der Streiks ist sicher. Ueberall aufrührerische Plakate! An den Werken von Boël steht: „Kein Arbeiter betritt mehr den Bagnon.“ Die Truppen, welche seit gestern Mons und alle Hauptpunkte besetzen, wurden schlecht empfangen. Man rief: Hoch die Republik, hoch die Arbeiter! Ueberall erklang die Marseillaise. Im Borinage vertheilte man zahlreiche Revolver. Die Anzahl der Streikenden schätzte man auf 4000.

Telegraphische Berichte sind gestern (Dienstag) nur aus Journal eingegangen, wo die Arbeitermasse in den Steinbrüchen sich dem Streik

angeschlossen. Eine Anzahl Streikender ist in die Stadt eingedrungen und verlangt von den Besitzern der Steinbrüche eine Erhöhung der Löhne sowie schriftliche Verpflichtungen der Arbeitgeber. Die größten Steinbruchbesitzer haben sich bereit erklärt, die Löhne zu erhöhen. Nach einem Privat-Telegramm der „Voss. Ztg.“ waren die Steinarbeiter, als sie nach Journal kamen, 800 Mann stark und haben bei dem Senator Dumont die Forderung einer Lohnerhöhung durchgesetzt. Von Brüssel aus, so wird uns ferner gemeldet, ist ein Aufstand in der Gegend von Charleroi ausgebrochen. Aus Antwerpen wird gemeldet, daß zahlreiche Abtheilungen Streikender die ländlichen Orte durchziehen und zur Arbeitseinstellung auffordern.

Die blutigen Arbeiter-Exzesse in Belgien nehmen erschreckend an Umfang und Bestialität zu, der bewaffnete Kampf wird es immer schwerer, der fanatisirten, entmenschten Rotten Herr zu werden, die fesseln, brennen, plündern von Fabrik zu Fabrik gehen. Der soziale Krieg im Hennegau hat drei Hauptursachen: erstens die Verminderung der Arbeit, die Herabsetzung der Löhne und die fürchterlichen Entbehrungen während des langen und harten Winters; zweitens die Einführung neuer, technisch unerlässlicher Maschinen in den Glashütten, wodurch die Zahl der Arbeiter vermindert wurde; endlich drittens und am meisten der Aufruhr, Mord und Brand predigende „Volks-Katechismus“ des Anarchisten Deutscher. Seit vorgestern Abend 7 Uhr ist die Militärbehörde Herrin in Charleroi. Alle Fremden ohne Legitimationspapiere werden verhaftet und ausgewiesen. Artilleristen patrouilliren die ganze Nacht hindurch mit dem Befehle, im Nothfalle scharf zu feuern. Die Tumulte in der Umgebung nehmen an Umfang und Wildheit zu. Die Zahl der an dem Streik Theilnehmenden beläuft sich auf etwa 50,000. Den Truppen drohten sie, daß sie jeden Soldaten erwürgen würden, dessen sie habhaft werden könnten. Ihre Unterhaltung bestand darin, daß sie Dynamit-Cartons zum Explodiren brachten. In Pont-de-Loup zerstörten sie einen Theil der Eisenbahn; die Schienen wurden von ihnen aufgerissen. Die Auführer sind geradezu von blinder Wuth besessen; einer von ihnen versetzte trotz seiner schweren Verwundung, daß er, falls er dies vermöchte, sogleich von Neuem beginnen würde. Da, wo die Arbeiter Kavallerie erwarten, spannen sie quer über die Straße Drahtseile. Sobald Leichen transportirt werden, hört man die Frauen, welche sich unter den Zuschauern befinden, Rache! rufen. In den größeren Gemeinden bewaffnen sich die Bürger unter dem Kommando der Bürgermeister. Zahlreiche Theilnehmer am Streik sind mit Geldmitteln reich versehen, welche von den „Steuern“ herrühren, die sie den Industriellen und den „Bourgeois“ auferlegt haben. Die Mehrzahl der Verhafteten befindet sich in trunkenem Zustande; die Schlägereien werden geplündert und das Fleisch oftmals fortgeworfen; die Leute sind eben rasend geworden.

Deutschland.

Berlin, 30. März. In der kirchenpolitischen Frage steht die Entscheidung unmittelbar bevor. Wir haben Grund zu der Annahme, daß in einer Weise, welche ihren Eindruck im Vatikan nicht verschleht haben dürfte, die Alternative: „Erfüllung der Angelegenheit über Verzicht auf den sogenannten „Friedensschluß“, endgültig gestellt worden ist. Welcher Werth dem letzteren nach Maßgabe seines Inhalts beizumessen wäre, das ist eine Frage für sich.

In den beiden einberufenen Abtheilungen des Staatsraths hat gestern unter dem Vorsitz des Kronprinzen, welcher sich wiederholt an der Debatte betheiligte, und unter Theilnahme auch des Fürsten Bismarck an dieser, die Verhandlung über die zu erlassende königliche Verordnung begonnen, durch welche die Zusammenfassung und die Geschäftsführung der Immediat-Kommission für die Anstellungen in Preußen und Westpreußen geordnet werden soll. Die Beratung gelangte noch nicht zu Ende, sondern wird heute, möglicherweise auch noch morgen fortgesetzt werden.

Ausland.

Paris, 30. März. Die Börse eröffnete zu Beginn in fester Haltung; sodann trat eine starke Verflauung der Renten ein, auf die Verschlimmerung des Streiks in Decazeville, ferner auf die Gerüchte einer möglichen Intervention Deutschlands in Belgien, sowie auf die der Rede des Ministers von Puttkamer zugeschriebene Waise am Schlusse der Berliner Börse. Türkenwerthe verkehrten ebenfalls in matter Haltung; auch bulgarische und griechische politische Nachrichten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 31. März. Der Regierungs-Sekretär-Assistent Wilde aus Stettin ist zum Geheimen revidirenden Kalkulator bei der königlichen Oberrechnungskammer ernannt worden.

Tagkalender pro April. Schießzeit für Auer-, Birk- und Hasenentzahn, Trappen, Schneepfen, Sumpf- und Wasservogel erloschene Gänse und Reiher. Schonzeit für alles übrige Wild.

Schöffengericht. Sitzung vom 30. d. Paragraf 367 Nr. 5 des Str.-Ges. B. bedroht denjenigen mit Strafe, der bei Aufbewahrung oder bei Beförderung von Giftwaaren, Schießpulver oder Feuerwerken, oder bei der Aufbewahrung, Beförderung, Verausgabung oder Verwendung von Sprengstoffen oder anderen explosiblen Stoffen, oder bei Ausübung der Befugnis zur Zubereitung oder Heltung dieser Gegenstände die beschalt

ergangenen Bestimmungen nicht befolgt. Wegen Uebertretung dieser Bestimmungen, sowie des § 10 der Postordnung vom 8. März 1879 war dem Kaufmann B. hierseits ein Strafbefehl zugegangen, nach welchem er die höchste gefestigte Strafe von 150 Mark event. 6 Wochen Haft tragen sollte, weil er Ende Januar d. J. der Post ein Paket mit schwedischen Streichhölzern zur Verbesserung nach Rugeburg übergeben hatte, ohne — wie dies die Postordnung bestimmt — den Inhalt auf dem Paket bezeichnet zu haben. Die Sache war dadurch zur Kenntniß der Behörde gekommen, daß sich die in dem Paket befindlichen Streichhölzer in Berlin beim Umladen auf dem Postamt entzündeten, ohne jedoch weiteren Schaden zu verursachen. Herr B. zahlte die gegen ihn festgesetzte Strafe nicht, sondern trug auf gerichtliche Entscheidung an und machte in dem heutigen Termin sein Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt P r i m o, geltend, daß § 367 Nr. 5 des Str.-G.-B. auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finde, da schwedische Streichhölzer nicht zu den explosiblen Stoffen gehören, welche in diesem Paragraphen bezeichnet seien. Wenn auch gegen die Postordnung verstoßen sei, so sei die gegen den Angeklagten erlassene Strafe doch viel zu hoch. Der Gerichtshof nahm jedoch an, daß auch schwedische Streichhölzer zu den explosiblen Stoffen gehören, wie sie in der Postordnung vorgeschrieben seien, daß also auch eine Uebertretung des § 367 Nr. 5 vorläge. Die Strafe wurde jedoch mit Rücksicht darauf, daß ein weiterer Schaden nicht entstanden, bedeutend herabgemindert und der Angeklagte nur zur 40 M. Geldstrafe verurtheilt.

Unsere mit Recht beliebte Opernsoubrette Frä. Louise Buttischardt, welche uns stets mit ihren gebiegenen Leistungen, mit ihrer sympathischen Stimme und ihrem ansprechenden Spiel erfreute, hat zu ihrem kommenden Freitag stattfindenden Benefiz die liebliche Oper „Mignon“ gewählt, welche an diesem Abend zum letzten Male in dieser Saison zur Ausführung gelangt. Jeder verläßt uns Frä. Buttischardt mit Ablauf dieser Saison, um eine ehrenvolle Stellung am Hoftheater in Braunschweig einzunehmen und wünschen wir, daß das Publikum der lebenswürdigen Künstlerin an ihrem Ehrenabend den Beweis liefere, wie sehr wir sie geschätzt haben, und daß wir ihr immer eine freundliche Erinnerung bewahren und sie stets willkommen heißen werden, wenn sie wieder zu uns zurückkehrt. — Herr Theodor L o b e beginnt Sonnabend sein Gastspiel als Rabbit Sigel in dem gemüthvollen Schauspiel „Freund Fritz“.

Die Leiche des in der Nacht zum 1. November v. J. verunglückten Steuer-Väters R a b l e r wurde heute Morgen in der Nähe der Baumbrücke aus der Oder gezogen. Derselbe war schon stark in Verwesung übergegangen und konnte die Persönlichkeit des Verunglückten nur noch an der Kleidung festgestellt werden.

Gestern Abend sprang ein junges Mädchen vom Dampfschiffsbollwerk aus in selbstmörderischer Absicht in die Oder, doch gelang es einigen schnell herbeigeeilten Männern, die Lebensmüde dem nassen Element zu entreißen. Derselbe wurde mittels Droschke nach ihrer in der Falkenwalderstraße belegenen Wohnung geschafft.

Auch heute herrschte auf dem Zentral-Bahnhof noch ein militärisches Leben, das 3. pommerische Infanterie-Regiment Nr. 14, welches bisher in Orisewalde und Stralund in Garnison lag, passirte auf der Fahrt nach Graudenz unsere Stadt und hatte auf dem Zentral-Bahnhof längeren Aufenthalt; ferner traf die Stralunder Abtheilung des pommerischen Artillerie-Regiments Nr. 2, welche in Zukunft in unserer Stadt Garnison nimmt, hierseits ein und zog vom Bahnhof aus in die Kaserne der Elisabethstraße.

Mit der Ausführung der Bauarbeiten zu der vom 8. bis 10. Mai stattfindenden Provinzial-Ausstellung und Pferdeschau wird in den nächsten Tagen auf dem Platz in der Wallstraße begonnen werden. Die Ausführung derselben ist auch in diesem Jahre Herrn Zimmermeister J e p p resp. dessen Witwe übertragen.

Aus den Provinzen.

Stralund, 30. März. Am Sonnabend traf Sr. Excellenz Herr Staatssekretär S t e p h a n hier ein und stieg im „Hotel zum goldenen Löwen“ ab. Nach eingenommenem Diner begab sich derselbe weiter nach Barth zur Schnepfenjagd. — Der Oberpräsident Graf B e h r - R e g e n d a n z ist gestern Abend hier eingetroffen und hat im „Hotel zum goldenen Löwen“ Quartier genommen. Derselbe gedenkt einige Tage hier zu bleiben.

Kunst und Literatur.

Suchen wurde ausgegeben: Herders Volkslieder. Herausgegeben von Karl Redlich. (A. u. d. Titel Herders ausgewählte Werke. Herausgegeben von Bernhard Suphan. 2. Band.) gr. 8. geh. 4 M., in Leinwand geb. 4,80 M.

Die Ausgabe ist vortrefflich ausgestattet, der Text kritisch hergestellt. Die Volkslieder enthalten einen wahren Schatz herrlicher Lieder. [109]

Wegel, Der Wegweiser in Gerichtssachen. Zweitmäßige Anleitung zur Selbstanfertigung von Klagen, Anträgen und Gesuchen aller Art nach der Zivilprozeß-, Strafprozeß-, Vormundschafts- und Grundbuchordnung, sowie in Zwangsversteigerungsachen, Nachlaß- und Testamentsachen u. nebst Auszügen aus den betreffenden Gesetzen und Verordnungen. Wittenberg bei Bunschmann. — Preis 1 M.

Das Buch bietet eine kurze, aber für den größten Theil der Bevölkerung ausreichende und leicht faßliche Zusammenstellung der am häufigsten

vor kommenden gerichtlichen Angelegenheiten. Man kann nur wünschen, daß recht Viele sich aus diesem brauchbaren „Wegweiser“ Rath holen, der ihnen den billigsten Weg zeigt, zu ihrem Rechte zu kommen und sie abhält, sich an Winkelfonsultanten zu wenden, die ihnen das Geld aus der Tasche locken. [111]

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Karlshöhe, 30. März. Ueber das Befinden des Erbprinzenpaares wird heute gemeldet: Unter Fieber-Bewegung schwoilen gestern abends die linke Hand und das linke Kniegelenk an, auch die rechte Schulter ist noch empfindlich, die übrigen Gelenke sind frei von Schmerz. Schlaf trat erst um Mitternacht ein, die Pleuritis ist unverändert.

Strasbourg i. E., 30. März. Der Statthalter Fürst Hohenlohe ist Mittags hier eingetroffen.

Haag, 30. März. Die zweite Kammer nahm den Geseftentwurf betreffend die Konvertirung der 4prozentigen Staatsschuld in eine 3 1/2-prozentige mit 56 gegen 25 Stimmen an. Die jährliche Amortisirung wurde auf 1/10 Prozent festgesetzt.

Brüssel, 30. März. Deputirten-Kammer. Minister Bernaert ergreift das Wort zu Mittheilungen über die industrielle Krise, die zu den tiefst beklagenswerthen Vorgängen der letzten Tage geführt habe. Die Arbeiter klagten über unzureichenden Lohn und verlangten eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Ertragnisse aus der Ausbeutung der Kohlengruben seien indess äußerst spärliche, in den letzten acht Jahren habe das dabei interessirte Kapital nur ein Prozent ergeben, und, wenn man das Arbeitsvermögen lassen wolle, so würden diese daraus doch nur einen Mehrerwerb von 6 Centimes täglich haben. Der Minister giebt sodann eine Darstellung der Vorgänge, bei denen sich die Hefe des Volkes betheiligte habe. Durch die am 18. März in Lüttich vorgekommenen Ruhestörungen seien die Behörden überfordert worden, am 20. aber seien Truppen requirirt und die Ordnung sei sofort wiederhergestellt worden. Auch die Unterdrückung der am 26. d. im Kohlenbeken von Charleroi stattgehabten Ausschreitungen und Zerstörungen habe nicht auf sich warten lassen. General van der Smitten habe bereits am 27. mit 12 Bataillonen und 9 Eskadrons in dem Kohlenreviere von Charleroi gestanden. Man mache der Regierung den Vorwurf, daß sie den Effectivbestand des Heeres zu sehr verringert habe, der Effectivbestand betrage 44,750 Mann. Am 27. sei die Einberufung weiterer zwei Klassen der dienstpflichtigen Mannschaft angeordnet, dieser Befehl sei in rascher Ausführung begriffen. Man müsse jezt an die Zukunft denken. Die Regierung werde in aller Ruhe thun und nach Mitteln suchen, den Arbeitern zu helfen und Arbeit für sie zu finden. Nicht die Arbeiter seien es, denen man die vorgekommenen Verwüstungen zuschreiben habe. Die Regierung werde einen Kredit von 43 Millionen fordern, man sei beschäftigt mit den Vorarbeiten für den Bau von Kleinanlinien, und noch vor dem Ende des Jahres würden 352 Kilometer dieser Linien dem Betriebe übergeben werden können.

Paris, 30. März. Die Arbeits-Einstellung ist jezt in Decazeville eine allgemeine.

Paris, 30. März. Der Minister des Innern, des Krieges und der Justiz haben an die Präfecten der an Belgien grenzenden Departements Instruktionen gesandt, um ein Uebergrreifen der Bewegung nach Frankreich zu verhindern. Es sind strenge Maßnahmen angeordnet, um etwaige Angriffe gegen Personen oder Eigenthum zu unterdrücken.

Paris, 30. März. Bei dem Marineminister ist eine Depesche aus dem Senegal-Gebiete eingegangen, nach welcher eine Kompagnie eingeborener Irailleure durch Streikträfte unter dem Befehl des Marabout von Doudou angegriffen wurde, wobei 1 Offizier und 8 Mann getödtet und 32 Mann verwundet wurden.

Paris, 30. März. Die Deputirtenkammer berathet das Geseft über die Jeremonten bei Leichenbegängnissen und nahm mit 323 gegen 180 Stimmen ein Amendement an, welches die Leichenverbrennung gestattet.

Paris, 30. März. Die Budget-Kommission beschloß, daß die Anleihe im Betrage von 900 Millionen aufgenommen werden solle; morgen werden die Minister in der Sitzung der Kommission erscheinen.

Lieutenant Balsa ist auf der Reise von Algier nach Tombuktu von den Touaregs bei Injalah ermordet worden.

Paris, 30. März. Die Budget-Kommission beschloß mit 18 gegen 13 Stimmen, daß die neue Anleihe den Betrag von 1466 Millionen nicht überschreiten solle.

London, 30. März. Heaton beantragt die Aufkündigung von Unterhandlungen mit den anderen Regierungen behufs Einführung des Welt-Benny-Post-Systems. Hutton stellt den Unter-Antrag, wodurch die Neuerung auf das gesamte britische Reich beschränkt wird. Fowler bekämpft beide Anträge, da der Staatsseft jährlich an dem fremden Postverkehr bereits 365,000 Pfund Sterling verliere. Die beantragte Neuerung würde den Verlust um circa eine halbe Million steigern. Hutton's Unter-Antrag wird abstimmungslos, Heaton's Antrag wird mit 258 gegen 127 Stimmen verworfen.

Kopenhagen, 30. März. Die Nachtfahrt der Postdampfer zwischen Korsör und Kiel wird heute von beiden Seiten aus wieder eröffnet.

31)

F. A. Mohrenweiser in Magdeburg, Berlinerstr. 28.

